



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. h.c. KURT GEORG KIESINGER

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 8. MAI 1967



Ich freue mich, daß es mir möglich wurde, heute abend bei Ihnen in Hamburg zu sein und an diesem Übersee-Tag teilnehmen zu können. „In Hamburg an der Elbe, gleich hinter dem Ozean“, so sangen wir einmal in den frühen dreißiger Jahren, glaube ich. Wir haben uns eben ein bißchen über Seestädte unterhalten – wir sind damit ja nicht reich gesegnet – und ich erinnerte mich aus meiner Abiturientenzeit an einen Text Ciceros. Ich hoffe, daß mein Latein dazu noch ausreicht. Er fing etwa so an: „Maritimis urbibus inest quaedam corruptio ac permutatio morum.“ Frei übersetzt heißt das: In Seestädten geht es ziemlich doll zu! Nun hat mich Prof. Weizsäcker sofort daran erinnert, daß das auch die Meinung Platos war, daß aus diesem Grunde eine rechte Polis nicht am Meer liegen dürfe. Nun, ich finde, die Hamburger, die ja für ihre Solidität bekannt sind, haben Plato und Cicero gründlich widerlegt. Ich freue mich also, bei Ihnen sein zu können und Gelegenheit zu haben, ein wenig aus der Werkstatt zu plaudern; denn das ist meine Absicht und nicht, eine glanzvolle Rede zu versuchen.

Diese stolze Stadt Hamburg schaut über die Meere in die weite Welt. Das nahm sich noch im Munde eines Politikers der Jahrhundertwende, ja selbst noch um die Zeit des Ersten Weltkrieges anders aus als heute. Diese weite Welt ist heute sehr viel enger geworden. Ich erinnere mich an einen Aufsatz von Paul Valery, „Regard sur le monde actuel“, der mich sehr beeindruckt und mich zum ersten Male auf diese Änderung hingewiesen hat, nämlich darauf, daß, wie er sagte, es normalerweise so war, daß die Politiker in dieser Welt ihre Aktionsfelder hatten, die beinahe schottendicht voneinander abgesondert waren. Jeder kannte sich in seinem Aktionsfeld aus und brauchte sich um die anderen Aktionsbereiche nicht zu kümmern. Was dort geschah, hatte kaum einen Einfluß auf den eigenen Bereich. Das ist vorbei. Wenn heute in der Welt etwas geschieht, dann betrifft das uns alle. Die Politik ist dadurch sehr viel komplizierter und schwieriger geworden. Paul Valery war ziemlich pessimistisch und meinte, unter diesen Umständen habe der Versuch einer außenpolitischen Prognose nur noch den Wert eines tuyau de bourse, eines Börsentips. Wenn es so wäre, dann wäre das schlimm, denn man kann ohne eine gewisse prognostische Kraft keine Politik machen. Ich habe das vorausgeschickt, um deutlich zu machen, daß ich mir der Schwierigkeiten der Aufgabe in aller Bescheidenheit wohl bewußt bin.

Die Aufgaben der Großen Koalition

Diese Regierung der Großen Koalition wird vom Volke daran gemessen werden, ob es ihr gelingt, die beiden nächstliegenden großen Aufgaben zu bewältigen, nämlich unsere öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen – das klingt leichter, als es ist – und eine Wende – wenn ich es etwas anspruchsvoll ausdrücken darf – in unserer konjunkturellen Entwicklung herbeiführen zu helfen.

Dabei bin ich mir der Grenzen unserer Kräfte durchaus bewußt. Ich stehe vor Ihnen als ein Kanzler der Großen Koalition. Der Herr Bürgermeister hat das Nötige darüber schon gesagt, aber ich möchte dem noch einige wenige Gedanken hinzufügen. Ein solches Wagnis enthält ein Risiko, und deswegen wird es noch von manchen recht argwöhnisch betrachtet. Ich habe mir jedesmal vorgenommen, das kleine Bonmot nicht wieder zu erzählen; aber vielleicht haben es hier doch nicht alle gehört, und deswegen wage ich es zum endgültig letzten Male: Es gibt Leute, die bereit sind zuzugestehen, daß in diesem Kabinett fähige Leute sitzen. Es gibt aber auch Leute, die meinen, es säßen Leute drin, die zu allem fähig seien. Ich hoffe, daß wir in den letzten Monaten diese ängstlichen Gemüter etwas beruhigt haben.

Ich bin nicht aus einem Wahlsieg auf den Stuhl des Regierungschefs gelangt, sondern – so habe ich es in der Regierungserklärung gesagt – aus einer lange schwellenden Krise heraus, die sehr viel Unbehagen und sehr viel Sorge in unserem Volk verursacht hat. Da nimmt sich die Arbeit doch wesentlich anders aus, als wenn man von den Wogen eines Wahlsieges emporgetragen diesen Platz einnimmt. Wir wußten, welch schwere Aufgabe auf uns wartet. Ich bin auch nicht gleich mit dem festen Entschluß nach Bonn gekommen, eine Große Koalition zu gründen. Ich habe mir das sehr gründlich angesehen und überlegt. Heute bin ich darüber glücklich, daß wir diesen Entschluß gefaßt haben, denn ich wüßte nicht, wie anders wir die ganz schweren Aufgaben, die wir in den kommenden Jahren zu bewältigen haben werden, bewältigen könnten. Dazu bedarf es einfach einer großen Mehrheit im Parlament und einer starken Unterstützung durch die öffentliche Meinung in unserem Land.

Der Ausgleich des Bundeshaushalts

Es ist uns gelungen, zunächst einmal den Haushalt 1967 auszugleichen. Sie kennen diese Dinge. Es ist mir dabei so richtig deutlich geworden, daß 1 Milliarde 1000 Millionen hat. Wenn man um 5 Millionen hier, 10 Millionen da und 20 Millionen dort ringen muß, dann hat man das Gefühl, wann endlich 1 Milliarde zusammengekommen ist, als habe man einen steilen Gipfel erklommen; dann liegen aber noch drei weitere vor einem. Es war wirklich eine Herkulesarbeit. Sie wissen, daß es in den nächsten Jahren noch schwerer werden wird. Ich will nicht schwarzmalen, aber ich will gar nicht verheimlichen, daß ich völlig klar sehe, daß hier die große Probe für uns alle sein wird. Das Rezept, das wir dabei einhalten müssen, kann sehr einfach formuliert werden. Wir müssen eine Rangfolge der Aufgaben aufstellen. Ich habe in der Regierungserklärung gesagt, wir können nicht einfach mit der Holzaxt dreinschlagen und ein wüst gelichtetes Gestrüpp hinterlassen. Es muß ein Programm sein, auf das sich beide Koalitionspartner einigen können. Da gilt es, das Wichtigste festzustellen und festzuhalten, dann kommt das Wichtige – da schon beginnt die Arbeit des Schneidens, des Zurückstellens – und dann kommt die dritte Kategorie des nur Wünschenswerten, und das muß vorläufig einmal wirklich in den Hintergrund gestellt werden.

Mittelfristige Finanzplanung

Wir haben es schon in der Regierungserklärung gesagt, daß es einer der großen Fehler war, daß man keine mittelfristige Finanzplanung oder Finanzvorausschau versucht hat. Jedesmal, wenn dieses Wort auftaucht, höre ich von dem mir hochgeschätzten Wirtschaftsminister, der ja an einprägsamen Formeln gewiß nicht arm ist: Sagen wir doch Zielprojektion.

Mit anderen Worten: Ich möchte unsere prognostische Kraft nicht überschätzen und gewiß auch nicht auf diesem Gebiet, aber wir müssen es versuchen. Wir dürfen nicht, wie wir es getan haben, von der Hand in den Mund leben; wir müssen versuchen, über ein paar Jahre hinweg die wahrscheinliche Entwicklung zu überblicken und danach zu handeln. Wir haben diesen neuen Kabinettsausschuß für mittelfristige

Finanzplanung gegründet, und ich habe nicht nur den nominellen, sondern den wirklichen Vorsitz übernommen. Ich hoffe, daß wir einige Erfolge damit haben werden. Ich vertraue darauf – ich habe viele Beispiele oft rührender Zustimmung erhalten –, daß unser Volk verstehen wird, was wir da tun müssen. Notfalls werden wir uneinsichtigen Vertretern bestimmter Interessengruppen – die durchaus eine legitime Angelegenheit sind – sagen müssen, daß hier oft der einfache Mann im Volke das Gebot der Stunde besser versteht als mancher, der jahrelang gewohnt ist, nur an die Interessen seiner Gruppe zu denken. Ich war sehr bewegt, als mir während meines Osterurlaubs in Österreich Österreicher sagten, sie wüßten vielleicht besser als ich selbst, wie meine Landsleute denken. Sie hätten sich mit ihnen unterhalten und seien tief davon beeindruckt, daß diese Menschen wirklich wüßten, um was es bei uns geht. Wir wissen auch, daß das von jedem von uns Opfer und Zugeständnisse verlangt, hätten sie den Österreichern gesagt. Wenn das die Meinung unseres Volkes sei, so erklärten mir die betreffenden Österreicher, dann müsse es auch gutgehen. Wir werden also mit sehr drastischen Maßnahmen aufwarten müssen, und die werden nicht allen gefallen. Wenn wir dieses Programm verkünden, dann gibt uns jeder recht und ich bekomme zu hören: Herr Bundeskanzler, bleiben Sie hart! Im Hintergrund klingt dann aber manchmal auf: Bloß bei uns sollten Sie es sich noch einmal überlegen. Das sind uns bekannte und gewohnte Dinge, die können uns nicht erschüttern. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir hier ganz entschlossen das tun werden, was wir für notwendig halten. Wir werden dabei das Ohr am Volke haben, denn wir wollen nicht einsame Beschlüsse fassen, sondern wollen es so tun, daß wir von vornherein für diese wichtigen Dinge die Unterstützung unserer Menschen haben.

Das große Werk der Reform der Finanzverfassung

Wenn wir das zustande bringen wollen, dann werden wir auch an das große Werk der Reform der Finanzverfassung gehen müssen. Es klingt einfach, ist aber eine sehr, sehr schwere Sache. Wir, die wir so oft im Kreise der Ministerpräsidenten im Bundesrat dieses Problem behandelt haben, mit den Instanzen des Bundes verhandelt haben, wir haben wie unsere Länder-Kollegen darunter gelitten, daß es eigentlich keine Maßstäbe dafür gab, wie man die öffentlichen Mittel an Bund, Länder und Gemeinden zu verteilen hat. Der Maßstab kann nur ein Aufgabenkatalog sein, getrennt nach den drei schon genannten Kategorien, aber nicht etwa so, daß jeder Bereich für sich getrennt gesehen wird. Es muß eine vertikale Rangfolge geschaffen werden. Die bundespolitischen Aufgaben ersten Ranges, die länderpolitischen und gemeindepolitischen Aufgaben ersten Ranges müssen zusammengefaßt werden und dann auch die anderen Kategorien. Das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, für die wir praktisch nur noch zwei Jahre Zeit haben. Wertvolle Vorarbeit ist mit dem Troeger-Gutachten und mit anderen Beiträgen geleistet worden. Ich hoffe, daß wir es schaffen können; denn solange eine solche Regelung nicht getroffen ist, wird dieser unbehagliche Zustand, dieses Gezerre und Gezänke, nicht aufhören, das wir in den letzten Jahren immer wieder erleben mußten.

Die Voraussetzung dafür, daß es uns gelingt, diese Aufgabe zu bewältigen, ist natürlich, daß die öffentlichen Kassen sich wieder einigermaßen füllen. Ich darf Sie daran erinnern, wie diese Dinge sich entwickelt haben, wie fast von Monat zu Monat, nachdem die neue Regierung gebildet war, eine Hiobsbotschaft nach der anderen eintraf. Als ich die Regierung bildete, waren die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und war das Bundesfinanzministerium in den Steuerschätzungen noch der Auffassung, es würde sich ein immerhin beträchtliches Minus von 750 Mill. DM ergeben. Wenige Monate danach war dieses Minus bereits auf 1,700 Mrd. DM angewachsen.

Daraus wird die Flaute unserer Wirtschaft ganz ersichtlich. Daher muß es uns gelingen, die Wirtschaft wieder auf schnellere Touren zu bringen, soweit wir dazu imstande sind. Das bringt nun sehr häufig den Finanzminister und den Wirtschaftsminister miteinander in Konflikt. Sie haben sich beide in den vergangenen Monaten wirklich alle Mühe gegeben, in ihren Bereichen eine konzertierte Aktion zustande zu bringen. Aber der Finanzminister muß zunächst an das Sparen denken, und der Wirtschaftsminister muß daran denken, wie er der Wirtschaft helfen kann. Daher Eventualhaushalt, Investitionshaushalt, der aber die nächsten Jahre wieder belastet. Es handelt sich dabei ja um kurzfristige Schulden, die innerhalb von zwei bis vier Jahren

zurückgezahlt werden müssen. Die große Frage ist, ob diese Rechnung aufgehen wird. Ich glaube, die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, haben im großen und ganzen die Zustimmung aller Beteiligten und Verantwortlichen gefunden. Gelegentlich werden Besorgnisse geäußert, daß die unternehmerische Freiheit eingeengt werden könnte. Ich halte diese Befürchtungen für völlig unbegründet. Jedenfalls gibt es derartige finstere Pläne im Bundeskabinett nicht.

Wirtschaftspolitik aus einem Guß

Im Hinblick auf einen Artikel, den ich in einer deutschen Zeitung gelesen habe – er trug die Überschrift: „Wirtschaftspolitik ohne die CDU“ –, möchte ich sagen: Das ist reiner Unsinn. Auch wenn der Wirtschaftsminister nicht der CDU angehört: Die Wirtschaftspolitik, die von diesem Kabinett gemacht wird, ist eine Wirtschaftspolitik, auf die sich das ganze Kabinett geeinigt hat, es ist eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß. Es ist ja auch gar nicht so – wir wollen das doch einmal offen sagen –, daß nur die beiden Parteien in den Blick zu nehmen sind. Jede große Partei ist heute kein monolithischer Block mehr, sie ist an sich schon eine Art Koalition. Deshalb kann man es durchaus erleben, daß kontradiktorische Gespräche über den Kabinetttisch hinweg sich keineswegs nur zwischen einem SPD- und einem CDU-Minister abspielen. Man kann sogar erleben, daß ein SPD-Minister eine konservativere Auffassung vertritt als ein Minister der CDU. Die Auffassung ist also nicht richtig, daß in einem Ressort, weil es von einem Mitglied einer bestimmten Partei verwaltet wird, sich die Auffassungen der betreffenden Partei durchsetzen und in einem anderen Ressort die Auffassungen der anderen Partei. Es ist ja auch die Aufgabe des Bundeskanzlers, dafür zu sorgen, daß alles im politischen Gleichgewicht bleibt. Im Bundestag habe ich das scherzhaft mit einem Goethe-Wort umrissen: „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten.“ Ich bin in diesem Falle das Weltkind, das die Dinge, wenn sie auseinanderzulaufen drohen, wieder zusammenzufassen hat. Ich will hier auf die einzelnen Maßnahmen unseres Versuchs, auf einen Anstieg der Konjunktur hinzuarbeiten, nicht weiter eingehen. Ich spreche ja vor einem Kreis, dem diese Dinge wohlbekannt sind.

Natürlich habe ich mich auch mit kritischen Stimmen und Meinungen auseinandersetzen. Besonders interessant war mir ein Hinweis darauf, daß man den wirtschaftlichen Strukturproblemen stärkere Aufmerksamkeit widmen sollte, nicht nur den Problemen der Kohle und des Stahls, sondern auch den Strukturproblemen einer ganzen Reihe von anderen Wirtschaftszweigen, darunter auch solchen, die in dieser Stadt beheimatet sind. Diesen Fragen wird von uns sorgfältig nachgegangen, und sie werden sorgfältig von uns bedacht. Ich darf Sie versichern, daß wir nicht etwa nach einem eilig zurechtgezimmerten politischen Dogma vorgehen. Wir haben unsere theoretischen Überlegungen; aber wir sind Pragmatiker, auch wenn unser Wirtschaftsminister ein Professor ist. Er ist ein pragmatischer Professor.

Es gibt auch kritische Stimmen, die meinen, daß wir es nicht allzu eilig haben sollten. Denen gebe ich recht. Wir haben bereits gewisse Dinge in Bewegung gesetzt. Deswegen gehöre ich zu denen, die den Rat der Sachverständigen, wir sollten jetzt schon an einen zweiten Eventualhaushalt denken, vorläufig einmal zur Kenntnis nehmen, ihn aber nicht verwirklichen wollen. Man kann solche Dinge für den Notfall in der Schublade bereithalten – das tun wir auch –, aber man soll sich auch nicht nervös machen lassen. Gut Ding will eine gewisse Weile haben. Nach einer gewissen Zeit werden wir schon sehen, ob unsere Maßnahmen reifen oder ob wir noch mehr tun müssen. Hinter allem aber steht unsere gemeinsame Überzeugung, daß die unternehmerische Freiheit der Kerngedanke unserer Wirtschaftspolitik ist und bleibt. Alles das, was wir uns vorgenommen haben, hat zur Voraussetzung, daß wir in einer Welt leben, in der Frieden herrscht und die von Jahr zu Jahr mehr so organisiert wird, daß sie den Notwendigkeiten des modernen Lebens entspricht.

Die Verdienste Professor Hallsteins

Heute weilt Professor Hallstein unter Ihnen. Er hat zu Ihnen gesprochen. Ich habe sein Referat lesen können, bevor ich hierher kam, und ich stimme seinen Gedankengängen vollkommen – wie seit vielen Jahren, wie Sie wissen – zu. Was in diesen zehn Jahren, auf die wir demnächst in Rom festlich zurückblicken werden, geschehen ist,

ist eine enorme Leistung. Wir dürfen das nicht unter der Fülle der Einzelprobleme, die uns häufig den Blick auf das Ganze, das erreicht worden ist, verstellen wollen, übersehen. Das ist eine der ganz großen, der säkularen Leistungen, die in den vergangenen Jahren vollbracht worden sind. Einer von denen, die für sich das Hauptverdienst an dieser großartigen Leistung beanspruchen können, sitzt heute unter uns, und es ist mir ein Bedürfnis, ihm dafür Dank und Respekt zu bekunden.

Wenn nun einige jetzt die Ohren spitzen und sich fragen sollten, was sagt er jetzt zum aktuellen Problem, dann begnüge ich mich mit einem Satz: Ich wäre glücklich, wenn es gelingen würde, Professor Hallstein auch nach der Fusion der Exekutiven für eine angemessene, auch ihm angemessen erscheinende Zeit als Präsidenten der vereinigten Exekutiven zu behalten.

Das große Werk der europäischen Einigung

Es bleibt natürlich noch viel zu tun. Nun, mitten im Bauen dieses großen Werkes, kommt Großbritannien und kommen im Gefolge Großbritanniens andere, die Mitglied dieser Europäischen Gemeinschaft werden wollen. Wir haben schon in der Regierungserklärung gesagt, daß wir den Beitritt Großbritanniens wünschen. Ich habe dies auch bei meinem Gespräch in Paris mit Präsident de Gaulle ganz deutlich gesagt. Bei allem Verständnis für die von ihm vorgebrachten Bedenken erklärte ich – wir haben das in unserem Schlußwort noch einmal klar gegeneinandergestellt –, daß unsere Interessen und wohl auch die europäischen Interessen den Beitritt Großbritanniens erwünscht machen. Ich habe allerdings Herrn Wilson in den beiden Gesprächen, auch im jüngsten, gesagt: Dieser Eintritt kann nur möglich sein, wenn Großbritannien nicht nur zum Wortlaut der Römischen Verträge, sondern auch zu dem, was inzwischen über diesen Wortlaut hinaus Wirklichkeit geworden ist, und zu dem, was zu dieser bis jetzt errungenen Wirklichkeit noch geschaffen werden soll, ein uneingeschränktes Ja sagen wird.

Selbstverständlich müssen Anpassungen erfolgen. Das sind Dinge, über die vernünftige Menschen miteinander reden können. Ich habe nie an die Theorie des eines Tages kommenden Umschlags aus der Wirtschaftsgemeinschaft in eine Politische Union glauben können – ich habe das meinem Freund Jean Monnet oft gesagt –, weil ich glaube, daß hier eine Linie erreicht ist, wo die Völker wirklich über ihre Schatten werden springen müssen. Je mehr Mitglieder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat, das wollen wir ruhig zugestehen, desto komplizierter wird auch das Problem des Umschlagens in eine Politische Union. Und noch sieht niemand von uns genau, wie sich eine solche Politische Union einmal wird verwirklichen lassen und unter wie vielen sie sich verwirklichen lassen wird.

Ziel bleibt die Politische Union Europas

Ich habe in der Regierungserklärung gesagt, daß wir uns eine ideale Lösung vorstellen können. Wenn sich diese ideale Lösung nicht verwirklichen läßt, dann soll man um Gottes willen nicht resignieren und nichts tun, dann ist eben in diesem Falle das Mögliche zu tun. Nun hat alles, was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft geschaffen hat und was sie schaffen wird, eine ungeheure integrierende Kraft. Es ist ja nicht so, daß es da nur um wirtschaftspolitische Überlegungen geht. Man braucht so eine Zusammenkunft nur einmal anzuschauen, etwa die deutsch-französischen Gespräche, die wir in regelmäßigen Abständen geführt und an denen ich teilgenommen habe, weil mich meine Ministerpräsidenten Kollegen freundlicherweise zum Pendant, zum Gegenüber des französischen Erziehungsministers bestimmt hatten. Da kommen die Außenminister kaum mehr zum Worte. Zu Worte kommen die anderen Ressortminister, und es hat sich da bereits so eine Art europäischer Innenpolitik herausgebildet. Das ist ein Faktum allerersten Ranges. Aber eines sage ich allen Ernstes – ich habe schon mehrmals meine letzte Aussprache mit Konrad Adenauer, mit dem Sterbenden, erwähnt, bei der ihn diese Frage der europäischen Einigung so übermächtig umgetrieben hat –, wir können nicht einen riesigen Wirtschaftsraum schaffen, ohne an dem Ziel festzuhalten, daß aus diesem Wirtschaftsraum oder zumindest aus einem Teil dieses Wirtschaftsraumes, am liebsten aber aus dem Ganzen, das wird, was wir eine Politische Union zu nennen uns angewöhnt haben. Ein wirtschaftlich mächtiges Gebiet ohne politische Kraft und ohne politischen Einfluß in

der Welt wäre ein ziemlich monströses Gebilde und ein ziemlich problematisches Gebilde. Unser Ziel muß es sein, auch eine politische Kraft zu schaffen, bei der sich, Stufe um Stufe, eine Solidarität des weltpolitischen Verhaltens herausbildet und schließlich eben auch eine gemeinsame Außenpolitik schlechthin.

Europas Einigung dient dem Frieden

Ich habe mit Ben Gurion, einem Mann, der mich sehr beeindruckt hat, eine Unterhaltung gehabt, in der er alle diese kleinen Probleme, die in der Unterhaltung auftauchten, souverän beiseite geschoben und mir gesagt hat: Ich interessiere mich nur noch für eines, für die Frage, ob es gelingen wird, Europa zu einigen. Wenn dies gelingt, so sagte er mir, dann bin ich überzeugt, werden wir den Frieden bewahren. Wenn es nicht gelingt, dann sehe ich für die Zukunft schwarz. Ich bin seiner Überzeugung und teile die Meinung, daß hier die große Aufgabe unserer Generation und unseres Jahrhunderts vor uns liegt. Natürlich dürfen wir nicht ungeduldig werden.

Ich habe schon in jenen Flitterwochen der europäischen Einigung in Straßburg, als es um die Ad-hoc-Versammlung ging und als man glaubte, man könne sofort eine europäische Verfassung zimmern und sie den Völkern zur Annahme vorlegen, gemahnt, daß dafür die Zeiten noch nicht reif seien, sondern daß auf einem langen Wege Tatsachen geschaffen werden müßten, die eine Grundlage für einen solchen revolutionären Beschluß bieten könnten. Wir haben in diesen zehn Jahren – wir wollen es nicht leugnen – viele Enttäuschungen erlebt, aber bei allem Auf und Ab ist es doch stetig vorwärts gegangen.

Sicher, wir haben die Unterschiede der Meinungen erlebt, haben das Für und Wider gehört, wir haben die Krisen mit ansehen müssen, die sich daraus ergaben, daß die ursprünglich gemeinsam gefaßte Idee der europäischen Integration erschüttert wurde, daß neue Methoden vorgeschlagen wurden. Aber das alles sind Dinge, die nun einmal das Leben mit sich bringt. Es hat keinen Sinn, über sie zu wehklagen, sondern man muß Wege finden, auf denen man dennoch vorwärtskommen kann.

Für eine dauernde deutsch-französische Zusammenarbeit

Es bleibt für mich eine Grundüberzeugung der deutschen Politik, daß es uns gelingen muß, auch wenn gegensätzliche Auffassungen in wichtigen Fragen bestehen, eine deutsch-französische dauernde Zusammenarbeit herbeizuführen, die so etwas wie einen Kern der kommenden politischen Einigung Europas bilden kann. Diese beiden Länder sind nun einmal in einer ganz besonderen Weise aufeinander angewiesen. Da ist die Rede Winston Churchills aus dem Jahre 1946, wonach diese beiden Staaten sich bei den Händen nehmen und an die Zukunft Europas denken müssen. Das ist nach so vielen Jahren nicht weniger richtig und klar. Das heißt natürlich nicht, daß der eine sich in das Kielwasser des anderen begeben muß; man muß miteinander ringen. Man wird das um so geduldiger und beharrlicher tun, je sicherer man davon überzeugt ist, daß es mit einem kommenden Europa nicht stimmen wird, wenn es nicht zwischen Deutschland und Frankreich stimmt.

Ich weiß, daß ich in dieser Stadt, die ihr Gesicht sehr viel mehr dem Meer zugewandt hat, dafür weniger spontan Zustimmung finden werde als in anderen Teilen Deutschlands, in denen man aus der Tradition heraus sehr viel unbefangener und gewohnter nach Frankreich blickt. Aber es liegt mir sehr viel daran, auch hier in dieser Stadt und in diesem Kreis zu sagen, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit aus Gründen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, ein Kernproblem der europäischen Politik ist. Das richtet sich gegen niemand. Wir haben ja gezeigt, daß wir dem Eintrittsbegehren Großbritanniens geöffnet sind und es unterstützen.

Die Interessen des Bündnisses wahren

Wenn ich davon gesprochen habe, daß die Aktionsfelder unserer Welt sozusagen in ein einziges zusammengefließen sind, und wenn ich erwähnte, wie schwer es sei, in dieser Welt einen klaren Blick für die wirklich wichtigen und entscheidenden Tatsachen zu behalten, dann gilt diese Feststellung für alle Staatsmänner dieser Welt. Sich vorzustellen, daß in einem Kopf sich ein ganz klares Bild dessen, was vermeintlich ist und was vermeintlich zu tun sei, abspiegeln soll, hat für mich fast etwas Unheimliches, denn man könnte mit Sicherheit sagen, daß dieses „klare Bild“ falsch

sein muß. Die Dinge sind sehr verworren, und gerade darin liegen nach meiner Überzeugung die eigentlichen Schwierigkeiten in unserer heutigen Welt. Sie sind in Europa verworren und sie sind verworren, wenn man auf die ganze Welt blickt. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten unter den Verbündeten des Nordatlantischen Vertrages, Schwierigkeiten zwischen einzelnen Verbündeten, Schwierigkeiten auch zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Sie kennen die Liste der Fragen, die uns beschäftigt haben, etwa die Frage des Devisenausgleichs. Bundeskanzler Erhard kam unverrichteterdinge aus Amerika zurück. Es ist uns gelungen, diese Frage wenigstens zunächst vom Tisch zu bringen. Dann diese hochinteressante Frage des Atomsperrvertrages, die ein Musterbeispiel für unsere gewandelte Weltsituation ist. Am Höhepunkt des kalten Kriegs stimmten die Interessen der Neuen Welt und der Alten Welt weithin überein. Es ging einfach um die Behauptung der Unabhängigkeit und der Freiheit gegen eine mögliche Aggression aus dem Osten. In dem Maße, in dem der kalte Krieg abflaute, hat sich das gewandelt. Wir können das auch an der europäischen Bewegung klar sehen, wie das Gefühl der Bedrohung die Europäer einander näherrücken ließ und wie sie, wenn dieses Gefühl verschwand, wieder auseinanderrückten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Winston Churchill in Straßburg aufstand und die Gründung einer Europäischen Verteidigungsarmee mit einem gemeinsamen europäischen Verteidigungsminister an der Spitze forderte – jedermann dachte, der werde Winston Churchill heißen – und wie es dann gekommen ist.

Probleme des Atomsperrvertrages

Nun, es ist ein Glück, daß es nicht mehr so ist, aber die Tatsache, daß sich die Dinge geändert haben, hat deswegen die Politik nicht leichter gemacht. Im Gegenteil, diese sehr einfache Politik, um die es damals ging, ist sehr viel komplizierter geworden. Das Bündnis besteht weiter, die Möglichkeit eines akuten Weltkonflikts besteht auch weiter, die Militärs müssen nüchtern abschätzen, was hier und was drüben ist. Aber zwischen den beiden großen Mächten, die die riesige Verantwortung des Besitzes militärischer Nuklearmacht tragen, hat sich notwendigerweise bei Fortbestand des ideologischen und politischen Antagonismus – auch wenn man ihn nicht mehr in die Kategorie des kalten Krieges einordnen darf – ein Verhältnis herausgebildet, und dieses hohe und große Spiel ist nun so zu spielen, daß dabei nichts, vor allem das Bündnis nicht, zu Schaden kommt. Das ist außerordentlich schwierig.

Ich glaube, es ist das erste Mal, daß die Amerikaner beim Atomsperrvertrag trotz des Widerstandes ihrer Verbündeten gegen den konkreten Vertragsinhalt, nicht gegen die Idee des Atomsperrvertrages, dem anderen Anliegen den Vorrang geben und daß sie trotz des Unbehagens ihrer Verbündeten glauben, den Abschluß eines Atomsperrvertrages nun auf eigene Faust in unmittelbaren Verhandlungen mit der Sowjetunion vorbereiten zu müssen. Ich stelle das nur fest, ich werte nicht. Ich weise auch mit allem Ernst darauf hin, daß es völlig sinnlos ist, gegen eine solche Entwicklung anzuklagen oder anzuschalten. Die deutsche Politik muß versuchen, sich unter Wahrung der Lebensinteressen unseres Volkes an diese gewandelte Situation anzupassen.

Aspekte des Devisenausgleichs

Ich will jetzt nicht über die Aspekte des Atomsperrvertrages sprechen, dazu bedürfte es eines eigenen Vortrages. Es gab und gibt andere Probleme, die uns gemeinsam Sorgen machen, so etwa die Frage des alliierten Truppenbestandes auf deutschem Boden, insbesondere des amerikanischen Truppenbestandes. Auch darüber haben sich im Zusammenhang mit der Frage des Devisenausgleichs harte Auseinandersetzungen ergeben. Es sind Entschlüsse gefaßt worden, die den Rückzug eines nicht unbeträchtlichen Teils der amerikanischen und britischen Truppen zum Inhalt haben, ohne daß der Versuch gemacht worden ist, bei den Russen auf eine adäquate Maßnahme zu drängen. Auch das ist für uns, so wie es vor sich ging, ein Faktor von größter Bedeutung gewesen. Schließlich spielt, vor allem in den Vorstellungen der Amerikaner, das währungspolitische Ringen, über das vor kurzem in München Beschluß gefaßt worden ist, eine sehr bedeutsame Rolle.

Über alle diese Fragen konnte ich mit dem amerikanischen Präsidenten sehr ausführlich und sehr klar sprechen; denn ich hatte mir, im Blick auf gemachte Erfahrungen

gen, vorgenommen, nichts im Trüben, nichts im Zwielflicht zu lassen. Das ist immer falsch und immer eine Gefahr. Man muß die Dinge, so habe ich es einmal formuliert, in das helle, klare Licht des Tages rücken. Das habe ich zu tun versucht; wir haben uns gut verstanden, und wir haben uns darauf geeinigt, daß in solchen Fragen eine besonders gründliche und frühzeitig einsetzende Konsultation stattfinden muß. Wir sind durchaus bereit, gebieterischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Ich habe nicht umsonst in meiner Regierungserklärung, ausdrücklich an die Adresse der Vereinigten Staaten gerichtet, gesagt, daß wir in der Vergangenheit vielleicht manchmal zu sehr nur an unsere eigenen Probleme gedacht haben und zu wenig daran, daß diese große Nation, die fast wider ihren Willen in die Position der beherrschenden Weltmacht gekommen ist, ihre großen Sorgen hat. Wer einiges über Amerika weiß, der weiß auch, daß diese Sorgen wahrhaft nicht gering sind.

Für eine Politik der Entspannung

Wenn man das Bündnis will, dann muß man diese Sorgen sehen, sie mit teilen und bereit sein, sein Teil zur Lösung beizutragen. Das gilt für beide Seiten. Jedes Bündnis ist nur soviel wert – es ist eine Banalität, es zu sagen –, wie jeder Bündnispartner weiß, daß seine Lebensinteressen beim anderen Partner in guter Hand liegen. Ich bin durchaus optimistisch. Es wird auch in Zukunft sicher Schwierigkeiten geben, aber wenn wir das tun, was wir uns in unseren Gesprächen vorgenommen haben, dann ist jedenfalls eine Epoche des unbehaglichen Streitens um Einzelprobleme, die man nicht mehr im Zusammenhang einer großen politischen Konzeption sieht, eine Epoche des Mißvergnügens, zu Ende. Was an mir liegt, um zu diesem guten Ziel zu kommen, werde ich tun.

Die Änderung der Situation wird ja auch mit dem Schlagwort „Entspannung“ gut bezeichnet. Wir haben alle die großen Reden Kennedys, de Gaulles, Johnsons und der englischen Politiker gehört, die diesen Gedanken der Entspannung in den Mittelpunkt ihrer Aussage gestellt haben, den Gedanken der Entspannung zwischen West und Ost. Wer in unserer Volke träte etwa nicht für Entspannung ein, die uns ja den Frieden, die Voraussetzung für das öffentliche und private Wohl auch unseres Volkes, erhalten soll. Nun kommt es darauf an, was man unter Entspannung versteht. Darunter läßt sich ja sehr verschiedenes verstehen. Für uns Deutsche heißt das: Wir können nicht mit einer Politik der Entspannung einverstanden sein, die in Wahrheit eine Politik des Status quo ist. Wir können nicht einfach unsere Landsleute drüben im anderen Teil Deutschlands ihrem Schicksal überlassen. Was wir so lange Jahre lang Alleinvertretungsrecht genannt haben – es klang vielleicht ein wenig zu anspruchsvoll –, das bringen wir heute oft in die Formel: Wir wollen für unsere Landsleute drüben einen Weg bahnen, der dahin führt, daß sie eines Tages selber sagen können, was sie wollen und wohin sie wollen. Wenn wir das immer wieder glaubwürdig und überzeugend sagen, dann werden wir in den kommenden Jahren auch Bundesgenossen finden, die uns allein zu einer befriedigenden Lösung des deutschen Problems helfen können.

Natürlich kann man stillsitzen und auf ein Wunder der Geschichte warten. Die Geschichte hat ja eine sehr reiche und mitunter sehr skurrile Phantasie, aber das ist alles andere als Politik. Das besagt nicht, daß wir nicht abschirmen, Dämme und Wälle gegen mögliche Einbrüche bauen. Wir haben deswegen nicht, wie manche etwas voreilig sagen, die Hallstein-Doktrin aufgegeben. Wir überlegen uns nur bei unseren politischen Maßnahmen sehr genau, was wir tun müssen, um so viel wie möglich aus dieser Situation – ich sage es noch einmal ganz nüchtern – für Deutschland zu retten. Natürlich muß man sich auch klar darüber sein, welch schlimmes Erbe wir verwalten.

Abbau des Mißtrauens gegenüber dem Osten

Die einzige Kraft, die uns helfen kann, ist die moralische Unterstützung der anderen Völker, unserer Verbündeten, der dritten Welt, aber auch der Völker im Osten. Daher die Brücken, die wir in diesen östlichen Raum schlagen wollen, zu schlagen begonnen haben, das Werben um Kontakte, um Zusammenarbeit, um den Abbau des Mißtrauens, um den Aufbau von Vertrauen, um die Erkenntnis gemeinsamer Interessen und möglicher gemeinsamer Aufgaben. Gegenüber dem anderen Teil Deutsch-

lands, den wir als einen eigenen Staat nicht anerkennen können, wollen wir – wie wir es bezeichnet haben – entkrampfen, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Deshalb unsere Vorschläge für menschliche Erleichterungen, deshalb unsere Vorschläge zu möglicher Zusammenarbeit, wo diese eben immer denkbar ist.

Keiner von uns hat erwartet, daß diese Vorschläge mit Jubel angenommen werden würden, aber je vernünftiger, je unbefangener, je souveräner wir uns auf diesem Feld verhalten, um so mehr werden wir – das weiß ich auch aus vielen Äußerungen aus den uns östlich benachbarten Völkern – Vertrauen für dieses Anliegen gewinnen. Das wird ein langer Weg sein und ein mühseliger Weg, aber ich weiß keinen anderen Weg, wenn wir nicht stillstehen und abwarten wollen. Wenn wir eine Aktion unternommen haben und darauf hart erwidert wird, dann ist so häufig etwas vom Scheitern dieser Politik zu hören. Was hier Rückschlag ist oder nicht, das läßt sich nicht an den einzelnen Etappen messen, das läßt sich nicht daran messen, daß wir durch eine Bewegung eine Gegenbewegung provoziert haben, das läßt sich nur an den Chancen einer langfristigen Entwicklung ablesen. In dieser Hinsicht aber bin ich völlig optimistisch, denn hier sind die Kräfte auf unserer Seite, und hier – davon bin ich fest überzeugt – arbeitet die Zeit für uns.

Gemeinsame Ostpolitik mit unseren Verbündeten

Daß wir hier auch Möglichkeiten einer gemeinsamen Politik mit unseren Verbündeten haben, ist klar. Solange wir unseren Verbündeten nichts anderes vorzuweisen hatten als eine rein defensive Haltung und sie sich begnügten, von Zeit zu Zeit Sympathieerklärungen für uns abzugeben, durften wir uns nicht wundern, wenn man uns häufig verärgert antwortete. Wenn wir ihnen aber mit Vorschlägen kommen, die ihnen einleuchten, die vernünftig sind und bei denen sie mitmachen können, dann ist das etwas anderes. Es mußte doch Unbehagen wecken, wenn führende Politiker der Sowjetunion in den Hauptstädten mancher Verbündeten wilde Anklagen, ja Verleumdungen gegen uns vorbringen konnten, ohne daß eine Gegenreaktion erfolgte, jedenfalls keine sichtbare. Ich halte das nicht für in Ordnung. Ich habe es gesagt und sage es wieder: Wenn auf unserem Boden, in unserer Hauptstadt einer unserer Verbündeten in solcher Weise angegriffen worden wäre, dann hätte ich als Verbündeter das Wort dagegen genommen!

Das muß man auch einmal frei einander sagen. Ich habe es gesagt; es ist sofort verstanden worden, und ich bin auf guten Willen gestoßen. Es war so eine Art Austrocknung, und wir selbst waren ein bißchen daran schuld. Ich glaube, daß wir auch hier auf gutem Wege sind. Auch hier scheint mir eine Zusammenarbeit mit Frankreich, wie sie uns Präsident de Gaulle angeboten hat, von hohem Wert zu sein. Frankreich genießt im Osten einen großen Kredit. Wenn wir Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten und vor allem mit dem, der auf dem Kontinent mehr als andere Gefahren und Chancen mit uns teilt, sichtbar handelnd dort auftreten, mit gemeinsamen Aktionen und Plänen – auch einmal mit einer gemeinsamen Demonstration, etwa einer gemeinsamen deutsch-französischen Ausstellung –, dann kann uns das weiterbringen. Es muß doch Eindruck im Osten machen und zeigen, daß sich in dieser Welt offenbar etwas geändert hat, wenn diese beiden Völker, Erzfeinde über Jahrhunderte hinweg, nun Schulter an Schulter stehen.

Europa als Brücke zwischen Ost und West

Diese Aufgabe dem Osten gegenüber wird dann ganz Europa übernehmen; denn keiner von uns, der der europäischen Idee begeistert anhängt, hat je den Gedanken gefaßt, nachdem sich die Bedrohung des kalten Krieges abschwächte, daß dieses vereinigte Europa gegen den Osten, gegen die Sowjetunion feindlich gerichtet sei. Wenn wir in der letzten Zeit immer wieder sagten, wir Deutschen möchten gern die Brücke zwischen West- und Osteuropa sein, dann könnte man von einem zukünftigen vereinigten Europa sagen, daß es Brücke sein könnte zwischen der großen überseeischen, atlantischen Macht und der Sowjetunion.

Jeder von uns, der in diese Welt hineinhört und ahnt, was der Rest dieses Jahrhunderts noch für uns bringen kann, der die gewaltigen Aufgaben sieht, die die Industrienationen in dieser Welt zu vollbringen haben, der muß doch bitter darunter leiden, daß die Kräfte dieser Industrienationen feindlich zersplittert sind, daß sie

sich gegeneinander wenden und es noch nicht möglich geworden ist, diese gemeinsamen Aufgaben, an denen vielleicht das Überleben aller hängt, auch gemeinsam durchzuführen. Das mögen vielleicht ein wenig große Worte sein. Aber bei aller Nüchternheit, mit der wir die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, sehen müssen, wollen wir sie auch sehen im Aspekt der kommenden Welt, der Welt unserer Kinder und Enkel.

Wir wollen die Interessen unseres Volkes mit Festigkeit und Würde vertreten. Wir wollen aber auch daran denken, daß die Kinder dieses Planeten ein gemeinsames Schicksal haben und daß sie eines Tages vor der Alternative stehen können, dieses Schicksal gemeinsam zu bestehen oder gemeinsam unterzugehen.

